Fernsprechstelle Nr. 22.

Die „Sächsische Elbzeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher Nachm. 4 Uhr. Abonnements Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg., zweimonatlich 1 Mk., einmonatlich 50 Pf.
Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung" an.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Mit „Illustriert. Sonntagsblatt". Mit humor. Beilage „Seifenblasen". Mit „Landwirtschaftl. Beilage".

Tel.-Adr.: Elbzeitung.

Inserate, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die gespaltene Corpuszeile oder deren Raum 12 Pf. (tabellarische und komplizierte nach Übereinkunft).

„Eingesandt" unterm Strich 30 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Zaukenstraße 134, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haasenstein & Vogler, Invalidendank und Rudolf Mosse, in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 21. Schandau, Dienstag, den 20. Februar 1906. 50. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung bleiben unsere Expeditionen

Donnerstag und Freitag, den 22. und 23. Februar a. c.

für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Beim Königlichen Standesamte werden an diesen Tagen vormittags von 11 bis 12 Uhr nur Anmeldungen von Sterbefällen entgegengenommen.

Schandau, am 19. Februar 1906.

Der Stadtrat.
Wieck, Bürgerm.

Holzversteigerung: Ottendorfer Staatsforstrevier.

Montag, den 26. Februar 1906, vorm. 1/2 10 Uhr,
im Hotel „Sächsischer Hof" in Sebnitz:

1008 w. Stämme, 8330 w. u. 113 h. Klötzer, 50 w. Derbstangen, 12300 w. Reisstangen. Aufbereitet: Abt. 35, 70 (Kahlschläge), Einzelhölzer Abt. 33, 44, 64, 74, 76, 80.

Kgl. Forstrevierverwaltung Ottendorf und Kgl. Forstrentamt Schandau.

Die Anmeldung und Vorstellung der Kinder, welche Ostern 1906 schulpflichtig werden,

nimmt der Unterzeichnete

Montag, den 26. Februar

in dem **Klassenzimmer** neben seinem **Amtszimmer** (neues Schulgebäude, Parterre rechts) entgegen

für die I. Bürgerschule nachmittags 2 Uhr,
" " II. " " 3/4 3 "

Zum Schulbesuche **verpflichtet** sind die Kinder, welche **bis Ostern** das **6. Lebensjahr vollenden,** außerdem werden noch solche aufgenommen, welche dieses Alter bis zum **30. Juni 1906** erreichen.

Für die in **Schandau** geborenen Kinder ist der **Impfschein,** für die **auswärts** geborenen **außerdem** noch die **standesamtliche Geburtsurkunde** mit der **pfarramtlichen Taufbescheinigung** erforderlich.

Gebrechen und Schwächen der Kinder (Augen-, Ohren-, Nasenleiden, Krämpfe usw.) sind bei der Anmeldung anzugeben.

Schandau, am 18. Februar 1906.

Schuldirektor **Mohrich.**

Nichtamtlicher Teil.

Die Einführung des neuen deutschen Zolltarifs und die handelspolitische Lage am 1. März 1906.

In zoll- und handelspolitischer Hinsicht ist der 1. März dieses Jahres ein kritischer Tag ersten Ranges, denn an demselben tritt nicht nur der neue deutsche Zolltarif mit den neu abgeschlossenen Handelsverträgen in Kraft, sondern die handelspolitische Lage zeigt zu diesem Zeitpunkte auch eine große Anzahl Verschiebungen. Handel und Industrie müssen sich daher für diesen Tag entsprechend einrichten. Die amtlichen Ausführungsarbeiten sind, nachdem der Bundesrat das amtliche Warenverzeichnis zum Zolltarif, die Anleitung für die Zollabfertigung, das statistische Warenverzeichnis, das Massengüterverzeichnis und andere Weisungen erlassen hat, zum allergrößten Teile beendet. Es wird sich nun noch darum handeln, festzustellen, welche Staaten an den Vertragssätzen gleich vom 1. März 1906 ab teilhaben werden. Tarifverträge hat Deutschland neu abgeschlossen und ratifiziert mit Rußland, Italien, Schweiz, Belgien, Rumänien und Bulgarien. Zu ihnen gesellt sich der Tarifvertrag mit Griechenland, der nicht gekündigt war und über den 1. März hinaus fortläuft. Alle diese Staaten werden die ihnen einzeln und in ihrer Gesamtheit gewährten Zugeständnisse bei der Wareneinfuhr nach Deutschland genießen. Zu ihnen würden kommen Oesterreich-Ungarn und Serbien, mit denen nach Kündigung der alten Tarifverträge neue abgeschlossen sind. Diese sind allerdings noch nicht ratifiziert. Man nimmt jedoch an, daß die Ratifikation nunmehr bald erfolgen werde, sodaß auch die diesen Staaten gewährten Konzessionen vom Beginn des nächsten Monats ab den Vertragssätzen zuzurechnen wären. Die letzteren werden sodann allen jenen Staaten zugute kommen, mit denen Meistbegünstigungsverträge noch weiter dauern oder mit denen, wie Frankreich und England, die Meistbegünstigung in anderer Weise festgesetzt ist. Der Umfang der für Frankreich in Betracht kommenden Vertragssätze ist übrigens nach dem Frankfurter Frieden nicht ganz so weit, wie für die anderen Länder. Was zunächst die übrigen europäischen Staaten betrifft, mit denen das deutsche Reich im Meistbegünstigungsverhältnisse steht, so sind Aenderungen des bisherigen Verhältnisses zu Dänemark, Norwegen, Holland und der Türkei wenigstens vorläufig nicht in Aussicht genommen. Mit Schweden wird über den Abschluß eines Tarifvertrages gegenwärtig verhandelt. Jedenfalls werden auch seine Erzeugnisse bis auf weiteres nach den neuen Vertragssätzen bei der Einfuhr nach Deutschland behandelt werden. Bleibt übrig die iberische Halbinsel. Das Abkommen mit Spanien ist für die Mitte des laufenden Jahres gekündigt. Mit ihm sowohl wie mit Portugal, dem einzigen größeren europäischen Staate, mit dem kein Meistbegünstigungsverhältnis besteht, wird aber über eine Neuregelung der Handelsbeziehungen verhandelt. Von den außereuropäischen Staaten steht eine ganze Anzahl im Meistbegünstigungsverhältnis mit Deutschland und wird darin auch nach dem 1. März 1906 verbleiben, so die britischen Kolonien außer Kanada, dann Japan, Chile, Argentinien usw. Ein Handelsvertrag mit Aethiopien liegt dem Reichstage vor, an einem solchen mit China wird gearbeitet. Auch mit Argentinien werden Verhandlungen über die Neuregelung der Handelsbeziehungen gepflogen. Da jedoch der bisherige Meistbegünstigungsvertrag nicht gekündigt ist, so ist es sicher, daß seine Provenienzen noch mindestens ein Jahr hindurch an den Vertragssätzen teilhaben werden. Anders steht bekanntlich das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die, wenn bis zum Ende des laufenden Monats kein neues Abkommen getroffen wird, das Meistbegünstigungsrecht verlieren. Wahrscheinlich wird Deutschland mit Nordamerika, da ein neuer Handelsvertrag jetzt wegen der großen Differenzen nicht abgeschlossen werden kann, das alte Verhältnis unter gegenseitig zu gewährenden Erleichterungen auf ein Jahr verlängern. Auf jeden Fall bedeutet der 1. März 1906 einen Termin von größter Wichtigkeit für die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zum Auslande.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kaiser ist am Freitag abend an Bord des Linienschiffes „Preußen" in Kopenhagen eingetroffen.

König Friedrich August empfing am Freitag mittag im Dresdener Residenzschlosse den Generalleutnant von Trotha in Audienz.

König Wilhelm von Württemberg trifft am Anfang März am Dresdener Hofe ein, um den Besuch König Friedrich Augusts in Stuttgart zu erwidern.

Der Reichstag führte am Freitag die „Weindebatte", welche sich Tags zuvor beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt" entsponnen hatte bei sehr schwacher Besetzung des Hauses weiter. Die Diskussion verlief ungemein ruhig; es beteiligten sich an ihr die Abgeordneten Dahlem (Zentr.), Blankenhein (nat.-lib.) Schmidt-Elberfeld (fr. Volksp.), Vogt (wirtsch. Verein.), David (soz.), Dr. Jäger (Zentr.), Dr. Preiß (Elsässer), Wolff (wirtsch. Verein.) und Hug (Zentr.). Sämtliche Redner aus dem Hause empfahlen strengere Maßnahmen gegen die Weinpantscherei und sprachen sich ebenso übereinstimmend gegen die vom Abgeordneten Grafen Kanitz empfohlene Weinsteuer aus. Graf Posadowsky verbreitete sich nochmals über die Frage der Kellerkontrolle und betonte, es müßte in allen Bundesstaaten eine von unabhängigen Sachverständigen ausgeübte scharfe Kellerkontrolle eingeführt werden. Am Sonnabend nahm das Haus die Etatsberatung wieder auf.

Die Steuerkommission des Reichstages nahm am Freitag nach längerer Debatte den Antrag des Zentrumsabgeordneten Racker an, wonach im Inland aufgegebene Ansichtspostkarten mit je zwei Pfennig besteuert werden sollen, mit 14 gegen 12 Stimmen an; regierungsseitig hatten die Staatssekretäre von Krätke und von Stengel den Antrag Racken bekämpft. Zweifellos wird dieser, den Stempel der Rückschrittlichkeit tragende Kommissionsbeschluß nicht nur bei der Ansichtspostkartenindustrie, sondern auch in weiteren Kreisen des Publikums lebhaften Widerspruch hervorrufen. Da eine Besteuerung der Ansichtspostkarten überdies mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden sein würde, so darf man wohl hoffen, daß das Reichstagsplenum den ominösen Beschluß seiner Steuerkommission wieder rückgängig machen wird. Die Budgetkommission setzte am Freitag die Beratung des Kolonialetats fort, wobei es zu einer ausgedehnten Debatte über das Lieferungsmonopol der bekannten Firma Tippelskirch & Cie. kam.

Das preußische Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag den Rest des Etats des Handelsministeriums.

Der Reichskanzler Fürst Bülow ist von den zur Präsentation berechtigten Mitgliedern der Familie Bülow in das preußische Herrenhaus gewählt worden. Hoffentlich kommt das Herrenhausmitglied Fürst Bülow nicht mit dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten Fürst Bülow in Konflikt.

Der weimarische Landtag genehmigte am Freitag die Regierungsvorlage über die Reform des Landtagswahlrechtes unter Abänderung der hierzu von liberaler wie sozialdemokratischer Seite gestellten Abänderungsanträge.

Oesterreich-Ungarn.

Die Parteien des ungarischen Abgeordnetenhauses hielten am Sonnabend eine Konferenz ab, um ein einmütiges Vorgehen im Hinblick auf die bevorstehende Auflösung des Abgeordnetenhauses zu beschließen. Es sind Gerüchte im Umlauf, das Abgeordnetenhaus dem Auflösungsdekret nicht Folge leisten werde, doch ist das, nach der Stimmung der führenden Männer aller Parteien zu urteilen, höchst unwahrscheinlich. Falls das Auflösungsdekret verlesen wird, wird die Sitzung, in der höchstens ein Protest erhoben werden dürfte, geschlossen werden. In Oppositionskreisen wird behauptet, daß der Kaiser noch letzten Dienstag geneigt war, den Vorschlag Banffys, ein farbloses Uebergangsministerium unter Ausschaltung der Militärfrage zu bilden, anzunehmen, doch habe die Audienz des Erzherzogs Franz Ferdinand am Mittwoch die Idee der Hinausschiebung der Auflösung des Reichstages zu Falle gebracht, indem sich der Erzherzog für sofortige Auflösung aussprach.

Der Oberbürgermeister von Budapest, und der Bürgermeister Halmos sind von ihren Aemtern zurückgetreten. Wie verlautet, steht die Demission mit der kritischen Lage im Zusammenhange, die daraus entstanden ist, daß die Regierung die Ablieferung freiwillig gezahlter Steuern forderte, die der Gemeinderat den beiden Bürgermeistern nicht gestatten wollte.

Der Zollausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hat die Handelsverträge mit Italien und Belgien unverändert angenommen.

Dänemark.

Am Freitag fand die feierliche Ueberführung der Leiche König Christians IX. von der Kopenhagener Schloßkirche nach Roskilde statt, wo dann die Aufbahrung des Sarges in der Domkirche erfolgte. Bei der Ueberführung des Sarges von der Kopenhagener Schloßkirche nach dem Bahnhofe folgte König Friedrich von Dänemark und die Mitglieder des dänischen Königshauses, die Kaiserin-Witwe von Rußland, die Königin von England, die Könige von Norwegen und Griechenland, Prinz Karl von Schweden, der Großherzog und

SLUB
Wir führen Wissen.